

Ingrid Wölk

ZWISCHEN
HEIMAT,
FRONT+
REVOLUTION
BOCHUM 1914 BIS 1920

Ingrid Wölk

ZWISCHEN
HEIMAT,
FRONT+
REVOLUTION
BOCHUM 1914 BIS 1920

unter Mitarbeit von
Monika Wiborni

 **Aschendorff**
Verlag

Veröffentlicht im Rahmen der
Schriftenreihe des Bochumer Zentrums für Stadtgeschichte



© 2020 Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster

www.aschendorff-buchverlag.de

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Die Vergütungsansprüche des § 54 UrhG Abs. 1 werden durch die Verwertungsgesellschaft Wort wahrgenommen.

Layout und Satz: Aschendorff Verlag, Julian Krause

Printed in Germany

ISBN 978-3-402-13418-4

Inhalt

Prolog	7
Einleitung	9
Kapitel 1	
Augusterlebnis	15
Dokumente und Exponate (18)	
Kapitel 2	
An der Front. Das Beispiel Virton	29
August 1914: Die Schlacht bei Virton (29) – Erinnerungen an die Schlacht (32) – Dokumente und Exponate (39)	
Kapitel 3	
An der Heimatfront	51
Siege und Triumphe. Erste Gefallene (51) - Militär-Verwaltung. Bochum im Kriegszustand (51) – Opferwille und nationale Solidarität. Mobilmachung von Frauen und Kindern (52) – Jugendkompanien (54) – Brückenschläge zwischen Heimat und Front. Feldpost und Liebesgaben (54) – Erste Rückkehr der Soldaten – als Kriegsoffer (55) – Propaganda (56) – Kriegskosten und Zwangswirtschaft (58) – Arbeit, Pflicht und Zwang (60) – Not und Elend an der Heimatfront. Küchenschlacht mit Nährhefe (63) – Brot und Frieden (64) – Nachtrag Franz Pokorny (70) – Dokumente und Exponate (72)	
Kapitel 4	
Kultur und Unterhaltung	193
Musik und „Buntes“ (193) – Kino (194) – Theater (196) – Städtisches Orchester (201) – Dokumente und Exponate (203)	

Kapitel 5**Enttäuschte Hoffnungen – Bewaffnete Konflikte.****Bochum in der Zeit der Revolutionen 1918–1920** 227

Novemberrevolution (227) – Demobilisierung an der Heimatfront (232) – Wahlen. Frauen und Rechte. Reaktion (233) – Streiks, Belagerung und Ausnahmezustand (238) – Der „Feind“ steht links. Bürgerwehr in Bochum Stadt und Kreis (244) – Nachtrag Hugo Delmes (248) – Kapp-Putsch und Bürgerkrieg (250) – Nachtrag Heinrich Teuber (259) – Dokumente und Exponate (264)

Ergänzung**Die „Ruhrpolen“ im Ersten Weltkrieg und ihr Verhältnis zur Revolution 1918***von Wulf Schade* 323

Dokumente und Exponate (328)

Epilog 333

Anhang 347

Projektinformationen und Danksagung 351

Prolog



Abb. 1: Germania-Denkmal aus Langendreer. Standort Stadtarchiv – Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte

Am 4. Juli 1886 weihte Amtmann Schulze-Vellinghausen unter großer öffentlicher Anteilnahme auf dem Marktplatz von Langendreer ein Germania-Denkmal ein. Es war den dreizehn Gefallenen der Gemeinde gewidmet, die am preußisch-österreichischen Krieg 1866 und am deutsch-französischen Krieg 1870/71 teilgenommen hatten.

Das von dem Bochumer Bildhauer Wilhelm Gardy geschaffene Standbild erhob sich auf einem Postament mit Reliefdarstellungen und Inschriftentafeln. Auf der Vorderseite war eine Strophe von „Die Wacht am Rhein“, der inoffiziellen Hymne des Kaiserreichs, eingraviert, auf der Rückseite ein Landwehrkreuz mit der Umschrift: „Mit Gott für König und Vaterland!“. Die Widmung lautete: „Langendreer seinen in den Kämpfen 1866, 1870 und 71 gefallenen Kriegern“. Die Germania stützt sich mit der linken Hand auf das gesenkte Schwert, in der rechten hielt sie „die auf einem Lorbeerkranze ruhende heiß erstrittene deutsche Kaiserkrone hoch empor“.

Das Material – Sandstein – sollte an Marmor erinnern, konnte dem „Zahn der Zeit“ aber nicht trotzen. Durch Umwelteinflüsse stark beschädigt, wurde die Statue 1981 vom Postament entfernt und im Stadtarchiv an der Kronenstraße aufgestellt. 2007 fand sie ihren Platz im Vor-Foyer des neuen Gebäudes des Stadtarchivs – Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte an der Wittener Straße 47 (Abb. 1). Die Gesichtszüge sind verwittert, der rechte Arm ist nur noch als Fragment vorhanden, Hand und Kaiserkrone fehlen.

Die Germania gilt seit Jahrhunderten als die nationale Personifikation Deutschlands. So wie ihre berühmte Namensschwester vom Niederwalddenkmal bei Rüdesheim am Rhein, der sie bewusst nachempfunden war, und so wie zahlreiche andere in Deutschland, auch in Bochum und im Landkreis, errichtete Kriegerdenkmäler, wollte die Germania aus Langendreer die Ehrung der Gefallenen mit der Feier der Nation verbinden. Die Siege, die zur Gründung des deutschen Kaiserreichs im Januar 1871 geführt hatten, waren mit schweren Opfern errungen worden. Diesen wurde aber „Sinn“ zugesprochen. Auch die Söhne Langendreers seien für die Güter gestorben, „deren wir uns heute erfreuen“, sagte der Amtmann in seiner Einweihungsrede. Nahezu prophetisch ließ er den Blick in die Zukunft wandern: „Sollten wiederum Deutschlands Söhne zum Kriege gerufen werden, dann möge die Macht und die Kraft der deutschen Heere sich abermals glänzend erneuern und das unter sich einige Volk in seiner Opferfreudigkeit, das Heer in seinen Erfolgen sich ebenbürtig erweisen.“

1914, nach über vierzig Friedensjahren, war es so weit: Deutschlands Söhne zogen wieder in den Krieg. Doch war am Ende kein Sieg zu verzeichnen und waren die Helden umsonst gestorben. Wer war schuld am Krieg, wer an der Niederlage? Anders als 1871 zeigte die Nation sich nicht geeint, sondern zerrissen.

Einleitung

2014 und 2018 waren geprägt von den Jubiläen zum Beginn und Ende des Ersten Weltkriegs vor jeweils 100 Jahren; im Jahr 2020 bietet der Kapp-Putsch im März 1920 den Anlass für Rückschauen. Vieles spricht dafür, die sechs turbulenten Jahre zusammen in den Blick zu nehmen. Denn die im November 1918 in Gang gesetzte (aber nicht beendete) Revolution resultiert aus dem Ersten Weltkrieg. „Schuld“ am Kapp-Putsch wiederum war die Revolution, deren Ergebnisse revidiert werden sollten, während die Motive und Zielsetzungen für die danach noch stattfindenden Kämpfe, die für die Arbeiter-Einheiten desaströs endeten, unter den Zeitgenossen anscheinend ebenso umstritten waren wie in der Forschung heute.

Im Verlauf des in den europäischen Nachbarländern so genannten großen Krieges zwischen 1914 und 1918 starben etwa zehn Millionen Soldaten und sieben Millionen Zivilisten, stürzten der russische Zar und der deutsche Kaiser und brachen Großreiche auseinander. Trotz seiner ungeheuren Dimensionen blieb der Erste Weltkrieg in der deutschen Wahrnehmung lange im Schatten des durch den industrialisierten Massenmord der Nationalsozialisten an den europäischen Juden gekennzeichneten, noch brutaleren und noch mehr Opfer fordernden Zweiten Weltkriegs.

Pünktlich zur 100-jährigen Wiederkehr des Kriegsbeginns rückte er ins Zentrum der medialen Aufmerksamkeit. Gedenkfeiern, öffentliche Ansprachen und Staatsakte, Ausstellungen, Veranstaltungen, Rundfunk- und Fernseh-Dokumentationen, Internet-Präsentationen und Publikationen beschäftigten sich mit diesem Krieg, seinen Ursachen, Abläufen und Folgen. Zahlreiche grenzübergreifende Projekte wiesen ihn als europäischen Erinnerungsort erster Güte aus und beleuchteten das große Projekt Europa.

Weil der Waffenstillstand im November 1918 und die im Versailler Vertrag fixierten Friedensbedingungen noch keinen Frieden brachten und ein weiterer Weltkrieg sich anschloss, gilt der Erste Weltkrieg, einem Begriff des US-amerikanischen Historikers und Diplomaten George F. Kennan folgend, als „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts. Für zahlreiche Historiker, die den Zusammenhang zwischen den beiden Kriegen herstellen, markiert er den Beginn eines zweiten „Dreißigjährigen Krieges“. Danach erst kam die lange Zeit des Friedens in Europa und konnten die Grundlagen für die europäische Integration geschaffen werden, die zur Europäischen Union führte.

Im August 2014 eröffnete das Stadtarchiv – Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte die Ausstellung „Zwischen Heimat und Front – Bochum im Ersten Weltkrieg“, vier Jahre später, im November 2018, die Ausstellung „Zwischen Heimat, Front + Revolution. Bochum 1914 bis 1920“. Die neuere Ausstellung nahm wesentliche Teile der älteren in sich auf und spinnt den Faden weiter bis 1920, bis zur Niederwerfung der Reste der Roten (Ruhr-)Armee und der Bestrafung der zuletzt noch unter Waffen stehenden Arbeiter. Sie bildet die Grundlage für dieses Buch, das sich in fünf der Chronologie der Ereignisse weitgehend folgende Kapitel gliedert, mit je einem Text- und einem Dokumententeil.

1913/14 wählte Bochum sich in einer Zeit des „friedlichen Fortschritts“. Anfang Juli 1914, nur wenige Tage nach dem tödlichen Attentat auf das österreichisch-ungarische Thronfolgerpaar, fand hier der 36. Westfälische Städtetag statt und bot Anlass zu einem Rückblick: Bochum war durch Eingemeindungen zur Großstadt mit jetzt 156 000 Einwohnern aufgestiegen und stellte sich selbst in die „Reihe der

großen westdeutschen Industriestädte“. Das Erscheinungsbild der Stadt sei durch den „Abschluss ansehnlicher Neubauten“ bereichert worden. Weiter zeugt der städtische Verwaltungsbericht für die Jahre 1913 bis 1924, der das vermerkt, vom Stolz auf den „vorbildlichen“ Stadtpark, den Straßenbau, den Ausbau des Straßenbahnnetzes, das Wasserwerk, das Elektrizitätswerk und ganz besonders die Straßenbeleuchtung: Bochum könne sich mit Recht die „bestbeleuchtete Stadt Westdeutschlands“ nennen. Auch der Fortschritt im Bereich der sozialen Fürsorge bot Anlass zur Zufriedenheit, sei im Unterschied zur „äußere[n] Verbesserung des Stadtbildes“ aber nicht so „mit Händen“ zu greifen. Die Bilanz über die Stadtentwicklung in den vergangenen Jahrzehnten führt vor Augen, auf welch glanzvollen Wegen die Stadt sich sah, als der Erste Weltkrieg rücksichtslos dazwischenfunzte. Sie sagt natürlich nichts über die sozialen Verhältnisse aus und lässt auch nicht in die Zukunft blicken. So bleibt es eine akademische Frage, ob ein Fortschritt in Richtung Demokratie möglich gewesen wäre, wenn die Zeiten „friedlich“ geblieben wären.

Die Teilnehmer des Westfälischen Städtetags in Bochum diskutierten über kommunale Sachfragen und genossen das Begleitprogramm. Über einen Krieg scheint sich Anfang Juli 1914 niemand ernsthaft Sorgen gemacht zu haben. Als er kam, stellte die Bevölkerung sich schnell darauf ein.

„Bochum zwischen Heimat, Front + Revolution“ verortet das Weltgeschehen lokal.

Das „August-Erlebnis“ 1914 fand auch hier seinen Niederschlag (Kapitel 1) und war doch von Beginn an von nachdenklicher Skepsis durchsetzt. Die Schlagzeilen transportierten aber nicht sie, sondern die „nationale Begeisterung“. Fast könnte man meinen, der während der Einweihung des Germania-Denkmal in Langendreer in die Zukunft gerichtete Appell, bei künftigen Kriegen sollten sich das Heer in seinen Erfolgen und das untereinander einige Volk in seiner Opferfreudigkeit denen als ebenbürtig erweisen, die die Einigungskriege im 19. Jahrhundert siegreich bestritten hatten (Prolog), sei bei den Nachgeborenen angekommen. Diese ließen sich in die Pflicht nehmen, akzeptierten Kriegerrecht mit Zensur und der Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, übten Verzicht, sammelten Rohstoffe und spendeten fleißig. Der Regierung scheint es gelungen zu sein, Heimat

und Front so miteinander zu verzahnen, dass die Indienststellung der „Heimat“ für die Zwecke der Front zunächst kaum hinterfragt wurde.

Die Analyse der Bochumer „Heimatfront“ ist dem dritten Kapitel vorbehalten. Die hier ausgebreiteten und in den historischen Zusammenhang eingeordneten Quellen beleuchten die zentrale Rolle der Bochumer Frauen, die sich als „bürgerliche“ Frauen nicht nur an allen Ecken und Enden karitativ betätigten, sondern ideologisch mit vorangingen, während proletarische Frauen die Lücken im Produktionsprozess zumindest teilweise füllten, die ihre an die Front geschickten Männer hinterlassen hatten. Sie decken die Mechanismen der Kriegspropaganda auf, veranschaulichen, wie mit fortschreitender Kriegsdauer die anfängliche Begeisterung schwand und durch Zwangsmaßnahmen in nahezu allen Bereichen ersetzt wurde. Das im August 1914 beschworene Bild von der sämtliche Religionen und politischen Richtungen umfassenden „Volksgemeinschaft“ verblasste und notdürftig zugeschüttete Gräben kamen erneut zum Vorschein. So machten auf der einen Seite Antisemiten wieder mobil, auf der anderen griffen Proteste gegen die Lebensmittelknappheit um sich und ließen Konflikte zwischen Kapital und Arbeit sich kaum noch unterdrücken; der von sozialdemokratischer Partei und den Gewerkschaften mitgetragene „Burgfrieden“, der von Anfang an nicht nur Befürworter hatte, konnte am Ende nicht mehr durchgehalten werden. Polizeiliche Überwachungsprotokolle von Belegschaftsversammlungen auf dem Gebiet der heutigen Stadt Bochum werfen Schlaglichter auf die Stimmungslage in den Betrieben und in der Bevölkerung insgesamt und belegen, wie mit List und demonstrierter Kampfbereitschaft seit 1916 kleine Erfolge errungen werden konnten, ohne die Burgfriedenspolitik insgesamt schon auszuhebeln. Ab 1917 gewannen die Proteste an Konstanz und Kontinuität und 1918 spitzte die Lage sich zu. Bis zur Novemberrevolution war der Weg nun nicht mehr weit.

Das dem dritten vorangehende zweite Kapitel wechselt die Perspektive und rückt die Orte Virton und Latour in der belgischen Provinz Luxemburg, wo Bochumer Soldaten im August 1914 ihre erste Schlacht im Ersten Weltkrieg schlugen, ins Zentrum der Betrachtung. Anhand hinterlassener Ego-Dokumente wird das Schlachtgeschehen aus unterschiedli-

chen Blickwinkeln erörtert, ein von deutschen Soldaten nach der Schlacht bei Virton begangenes Massaker an der männlichen Zivilbevölkerung des Dorfs Latour dabei nicht ausgespart. Protagonisten auf deutscher Seite sind der jüdische Bochumer Unternehmer und Soldat im Unteroffiziersrang Leo Baer, ein führender Offizier des Regiments, dem Baer und weitere Bochumer Soldaten angehörten, sowie der später als „Roter Baron“ bekannt gewordene Ulanen-Offizier Manfred von Richthofen, während ein Überlebender des Massakers an den Männern von Latour und ein Tagebuch führender Maler und Lehrer aus Virton die belgische Perspektive einnehmen und ein Oberleutnant der französischen 3. Armee die französische.

In der Ausstellung schlüpfen am Schauspielhaus Bochum engagierte Schauspieler in die Rollen der Beteiligten, das Buch muss sich mit Auszügen aus den Tage- und Erinnerungsbüchern in der Schriftform begnügen. Doch vermögen auch sie, das Spannungsverhältnis, in dem die ausgewählten Texte zueinander stehen, eindrucksvoll zu demonstrieren. Während die Kriegskontrahenten von jeweils ihrer Seite der Front aus mit gespannter Erwartung auf das Kräftemessen mit dem „Feind“ blicken, je nach Temperament und Charakter mit Euphorie oder Furcht und Sorge gepaart, ist den dazwischen stehenden belgischen Zivilisten die Opferrolle zugedacht sowie – den etwas Glücklicheren – die des Beobachters. Der Künstler Nestor Outer zum Beispiel hielt das Kriegsgeschehen um ihn herum in Skizzen, darauf basierenden Gemälden und Niederschriften fest. „Entlang der Straße ein französischer Rucksack, eine blaue Jacke, eine rote Hose, eine Bauernmütze, die an einer Hecke aufgehängt ist, die Spitze einer Pickelhaube“, schreibt er in sein Tagebuch, „all das, im strömenden Regen, zeugt von dem entsetzlichen, unfassbaren Drama, das sich, ohne dass wir davon wussten, am 22., 23. und 24. August abgespielt hat und den Überlebenden für immer im Gedächtnis bleiben wird.“

Nach der Schlacht geriet die Stadt Virton unter deutsche Besatzung. 1916 wurden von hier aus belgische Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich transportiert. Dass sie auch nach Bochum kamen, wird im dritten Kapitel aufgegriffen, das damit ein lokales Beispiel für den Einsatz ziviler ausländischer Zwangsarbeiter zur Aufrechterhaltung von Industrie und Bergbau bereits im Ersten Weltkrieg liefert.

Das vierte Kapitel wendet sich wieder der „Heimatfront“ zu und führt die erstaunliche Fortexistenz von Kultur und Unterhaltung in Bochum während des gesamten Krieges vor Augen. In Form von Musikdarbietungen, Kino und Varieté, Lesungen und Theater trugen sie zum Zusammenhalt bei, förderten den Patriotismus und lenkten ab von Trauer, Krieg und Alltagsorgen.

Im Frühjahr 1919 brach die Kultur zu neuen Ufern auf. Das Stadttheater, das bereits 1915 ein festes Domizil erhalten hatte, und das Städtische Orchester gingen mit eigenem Personal an den Start und legten die Grundlagen für Bochums Ruf als Kulturstadt. Es geschah in einer Zeit, die nach dem verheerenden Krieg noch keinen Frieden, sondern bürgerkriegsähnliche Zustände mit sich brachte. Umso mehr erstaunt das Engagement der Kulturpolitiker – an ihrer Spitze Stadtrat Wilhelm Stumpf –, die scheinbar unbeirrten ihren Weg gingen. Wollten sie pragmatisch zum Abschluss bringen, was sie in der Kriegszeit eingefädelt hatten oder etwas ganz Neues schaffen? Für die Erzählung von der von demokratischem Geist beseelten Gründung der Bochumer „Leuchttürme“ Schauspielhaus und Symphoniker ist der „Aufbruch 1919“ konstitutiv. Doch kann nicht übersehen werden, dass die Weichen für eine aktive städtische Kulturarbeit, die dafür vonnöten war, im Ersten Weltkrieg gestellt wurden.

Im fünften Kapitel geht es um Bochum in der Nachkriegszeit. Die Novemberrevolution wurde von außen in die Stadt hineingetragen und hätte ohne das beherzte Eingreifen lokaler Akteure doch nicht bewerkstelligt werden können. Mit Fritz Husemann setzte sich ein Befürworter der heiß umstrittenen Burgfriedenspolitik an die Spitze des ersten Bochumer Arbeiter- und Soldatenrates. Das von ihm und seinen Mitstreitern ausgegebene Ziel, „Ruhe und Ordnung“ zu bewahren, wurde erreicht. Dazu trug sicher bei, dass die Behörden in Stadt und Kreis Bochum sich nicht querstellten, sondern die gemäßigten Repräsentanten der Arbeiterbewegung durch konstruktive Mitarbeit unterstützten und radikaleren Gruppierungen zunächst den Wind aus den Segeln nahmen. Das hinderte die national-konservativen Kräfte, die in Bochum den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung beherrschten, nicht daran, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um möglichst

viel von der alten Ordnung zu retten, ihre Ansprüche auf Führung und Lenkung der Stadtgeschicke aufrechterhaltend. Eine aussichtsreiche Möglichkeit des Rollback bot sich, als die Reichsregierung im Februar 1919 den Aufbau städtischer Bürgerwehren zur Bekämpfung „bolschewistischer Umtriebe“ initiierte (auch als Ersatz für die bisher damit beauftragten Einheiten der Reichswehr, die aufgrund der von den Siegermächten geforderten Reduzierung der Reichswehr auf 100 000 Mann nur noch bei größeren Unruhen zum Einsatz kommen sollten). Die dem Arbeiterrat angeschlossene sozialdemokratisch dominierte Sicherheitswehr, die nicht nur Ruhe, Ordnung und Sicherheit garantierte, sondern auch dem Schutz demokratischer Errungenschaften diente, war damit vorerst obsolet geworden. Durch den Kapp-Putsch im März 1920 wurden die Karten neu gemischt.

Zahlreiche Versorgungs- und Verteilungskonflikte überlagerten die Vorbereitung der demokratischen Wahlen im Januar (zur Nationalversammlung und preußischen Landesversammlung) und März 1919 (zur Stadtverordnetenversammlung) und brachen auch danach nicht ab. Zwar hatte die Novemberrevolution den Weg für eine neue staatliche Ordnung frei gemacht, doch folgten den politischen keine grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen. Viele, die sich mehr versprochen hatten, zeigten sich tief enttäuscht. Die Unzufriedenheit mit unzureichenden Tarifabschlüssen und der nach wie vor dramatischen Versorgungslage brach sich Bahn in Streiks, Massenprotesten und Hungerdemonstrationen. In ihren Forderungen und Methoden der Durchsetzung strebten die den freien Gewerkschaften nahestehenden Mehrheitssozialdemokraten und die links davon agierenden Kräfte – Spartakisten, Kommunisten, unabhängige Sozialdemokraten, Syndikalisten – weit auseinander. Die Konflikte verschoben sich, als die Sozialisierung des Bergbaus als realistische Option erschien und sie eskalierten, als die Regierung deren Umsetzung verschleppte und Militär zur Niederschlagung kampfbereiter Arbeitereinheiten einmarschieren ließ.

Bürgerkriegsähnliche Verhältnisse mit Belagerungs- und Ausnahmezuständen kennzeichneten die Situation im Ruhrgebiet seit Dezember 1918. Nicht hilfreich war dabei die Zersplitterung der organisierten Arbeiterschaft durch scheinbar entgegengesetzte

Interessenlagen. Denn während die Bergarbeiter für ihre Forderungen streikten, verlangten die Industriearbeiter deren Rückkehr an die Arbeitsplätze. Sie forderten Kohle für den Fortbestand ihrer Industrien und zur Sicherung ihrer Existenzgrundlagen.

Die „zwischen durch“ stattfindenden Wahlen erscheinen vor diesem Hintergrund, ungeachtet ihrer Bedeutung als Marksteine für die erste deutsche Republik, fast nebensächlich. Den linken Parteien brachten sie enttäuschende Ergebnisse. Für die Frauen bedeuteten sie immerhin das Ende eines langen Kampfes für das Frauenwahlrecht – und waren doch nur eine Etappe auf dem Weg zur Gleichberechtigung. So galt zum Beispiel das in der Weimarer Verfassung festgeschriebene „Recht auf Arbeit“, das jedoch eher den Charakter eines Appells ohne Rechtsverbindlichkeit hatte, für Frauen ausdrücklich nicht. Im Zuge der wirtschaftlichen Demobilmachung mussten sie ihre Arbeitsplätze räumen und Platz für heimkehrende Soldaten schaffen. Doch war ein Anfang gemacht und Frauenrechtlerinnen vertraten ihre Forderungen immer selbstbewusster.

Die Arbeiterbewegung überwand ihre Spaltung, als die junge Republik im März 1920 von rechts angegriffen wurde. In Bochum demonstrierten die drei Arbeiterparteien MSPD, USPD und KPD spontan Geschlossenheit und riefen gemeinsam zum Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch auf. Die als Reaktion auf den Putsch neu gebildete Bochumer Arbeiterwehr beteiligte sich am bewaffneten Kampf, der die militärische Niederlage der Putschisten herbeiführte. Als ein Teil der in der Roten (Ruhr-)Armee zusammengeschlossenen Arbeitereinheiten danach sich weigerte, die Waffen niederzulegen, schickte die ins Amt zurückgekehrte, von der SPD geführte, rechtmäßige Regierung wieder Reichswehrformationen ins Ruhrgebiet. Manche von ihnen hatten während des Kapp-Putsches auf der anderen Seite gestanden und nahmen blutige Rache. Im Mai 1920 regte sich kein Widerstand mehr.

Das in diesem Kapitel präsentierte Material aus dem Bochumer Stadtarchiv dokumentiert die Entwicklung zwischen November 1918 und Mai 1920. Anhand der Quellen können die groben Konfliktlinien zwischen den Hauptbeteiligten – Kapital und Arbeit, Militär, Politik und Verwaltung – nachvollzogen werden.

Dass Geschichte von Menschen „gemacht“ wird, ist ein Allgemeinplatz und dennoch zu betonen nicht überflüssig. Auf Seiten der Arbeiterbewegung tummelte sich eine Vielzahl handelnder Personen unterschiedlicher Couleur und Zielsetzung. Doch nur wenige von ihnen sind so prominent wie zum Beispiel die Sozialdemokraten und Gewerkschafter Fritz Husemann oder Otto Hue, deren Lebensgeschichten aber immer noch Stoff für neue Forschungsfragen liefern. Als durchaus schwierig erweist es sich dagegen, führende Köpfe der Bewegung zu identifizieren, die deutlich weiter links zu verorten sind. Zwar sind die Verwaltungsakten mit Namen gespickt – sei es von „Einberufern“ von Versammlungen oder solchen, die den Protokoll führenden Polizeibeamten negativ auf fielen –, doch reicht das für fundierte biografische Studien nicht aus, sodass sich allenfalls verschwommene Bilder zeichnen lassen. Dennoch wird hier (im Kapitel 5) der Versuch unternommen, zwei Akteure vorzustellen, die mit Sicherheit Einfluss hatten, an den Bekanntheitsgrad der erwähnten Hue und Husemann bei Weitem aber nicht heranreichen: den USPD-Politiker Heinrich Teuber und den Schriftsteller, Anarchisten und Syndikalisten Hugo Delmes. Obwohl links von der MSPD und den „alten“ Gewerkschaften stehend, zogen sie nicht an einem Strang, sondern waren sich „spinnefeind“. Heinrich Teuber beging 1927, von äußeren und inneren Konflikten (zwischen der eigenen – linken – Überzeugung und Loyalitätsansprüchen gegenüber Gewerkschaft und Mehrheits-Sozialdemokratie) zerrissen, Selbstmord. Welches Ende der als besonders radikal verschriene Hugo Delmes nahm, konnte im Rahmen dieser Publikation nicht ermittelt werden; seine Biografie ist weitgehend unerforscht. Delmes war eine schillernde Persönlichkeit, die im Ersten Weltkrieg als Deserteur und Agitator unter Deserteuren im niederländischen Exil von sich reden gemacht hatte. Auch Teuber war während des Krieges schon auffällig geworden und als Strafe für seine Opposition zur Burgfriedenspolitik an die Front versetzt worden.

Während diese beiden kaum Spuren hinterlassen haben, ist die Erinnerung an den linken Sozialdemokraten Franz Pokorny, der ebenfalls nicht zu den heute noch populären „Arbeiterführern“ zählt, nicht ganz verblasst. In Belegschaftsversammlungen während des Krieges gab auch er sich als entschiedener

Gegner der Burgfriedenspolitik seiner Partei und seiner Gewerkschaft zu erkennen und zog den Zorn der Militärverwaltung auf sich (Kapitel 3). Der USPD schloss er sich nicht an. Nach dem Krieg wurde ihm in Wattenscheid ein (Grab-)Denkmal gesetzt.

Eine in der Forschung häufig gestellte Frage ist die nach der Rolle der polnischsprachigen Minderheit, die als „Ruhrpolen“ in Bochum ihre zentralen Einrichtungen hatte. Als Arbeitsmigranten ins Ruhrgebiet gekommen, im Kaiserreich misstrauisch bäugt und staatlich überwacht, zogen viele von ihnen als deutsche Staatsbürger in den Ersten Weltkrieg und bekannten sich loyal zu Kaiser und Deutschem Reich. Ihre Gewerkschaft – die Polnische Berufsvereinigung ZZP – trug die Burgfriedenspolitik mit. Als gegen Ende des Krieges die Entstehung eines unabhängigen polnischen Staates sich abzeichnete, absorbierte das das Interesse der nationalpolnischen Bewegung, deren Träger eine Rückkehr propagierten und dazu aufriefen, sich aus dem Revolutionsgeschehen in Deutschland herauszuhalten. Als Gastautor widmet sich Wulf Schade in einem ergänzenden Beitrag den „Ruhrpolen“ im Ersten Weltkrieg und ihrem Verhältnis zur Revolution 1918.

Der Epilog schließlich befasst sich mit der kollektiven Erinnerung. Die auch in Bochum und im Landkreis errichteten Gedenktafeln und Erinnerungszeichen an den Ersten Weltkrieg waren so unterschiedlich wie die Stadtteile und Gemeinden, Reservistenverbände und Vereine, Betriebe, Kirchen, Schulen und anderen Institutionen, die sie in Auftrag gaben. Sie verweisen auf die nach dem Krieg tief gesplattene Gesellschaft, die auch keine gemeinsame Form der Erinnerung fand. Dies erst recht nicht, weil die Denkmäler, die den im Zuge des Kapp-Putsches gefallenen Arbeitern gewidmet sind, eine wieder andere Geschichte erzählen.

Eine Reihe von Weltkriegsdenkmälern entstand erst nach 1933. Sie schlagen die Brücke vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg und sind ein sinnfälliges Zeichen für die Brüchigkeit des Friedens von 1918/19. Am Ende steht ein Denkmalsturz. 1983 brachten „Unbekannte“ ein 1935 im Eingangsbereich des Stadtparks aufgestelltes Kriegerdenkmal zu Fall. An seiner Stelle befindet sich seitdem eine Tafel mit der Aufschrift „Nie wieder Krieg und Faschismus“. Ein öffentliches Bekenntnis zu der Aktion fehlt

bis heute. Doch ließen die Aktivisten dem Stadtarchiv – Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte das „Tat“-Werkzeug zukommen. Es ist in diesem Buch erstmals abgebildet.

„Zwischen Heimat, Front + Revolution“ untersucht den Zeitraum zwischen 1914 und 1920 mit dem Ziel, die lokalen Besonderheiten herauszuarbeiten.

Mit der Niederschlagung der Roten (Ruhr-)Armee spätestens im Mai 1920 war das Kapitel „Revolution“ beendet. Die Zeit danach musste mit der schweren Hypothek der unbewältigten Konflikte der Nachkriegsjahre leben. Sie ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken, auch in Bochum, ist weiteren Forschungen vorbehalten.